A 1969 Regierungsviertel

Regierungsviertel Bonn - "Märkisches Viertel" der Bundeshauptstadt?

Die Bürgerinitiative City-Forum Bonn trägt gegen die Planung des Regierungsviertels (Bebauungsplan Nr. 8o19-3o der Stadt Bonn) erhebliche Bedenken vor.

Millionen von Menschen besuchen diesen Ort, wo jeder abliest, wie demokratisch unser Land ist: Das Regierungsviertel ist die Visitenkarte unseres demokratischen Gemeinwesens.

Nach 2o-jährigem Provisorium hatte sich die Bundesregierung vor einiger Zeit entschieden, ein Regierungsviertel zu bauen. Es entsteht zwischen Rhein und Kölner Straße (der Achse Bonn-Bad Godesberg) und am Zubringer für die neue Südbrücke. Für zwei Hochhäuser, in denen Ministerien untergebracht werden, haben die Erdarbeiten bereits begonnen. Hier sind also schon - ohne daß darüber diskutiert werden konnte - vollendete Tatsachen geschaffen. Für vier weitere Hochhäuser liegt der Bebauungsplan zur Zeit aus. Sie sind - ohne Wettbewerb - von der Bundesbaudirektion entworfen und wurden nun - um ein Alibi zu erhalten - zur endgültigen Planfassung der Arbeitsgemeinschaft der Architekten Schürmann und Bornemann (Köln) übergeben. Drei weitere Hochhäuser sollen hinzukommen. Die Planung lief jahrelang in aller Heimlichkeit. Als die Entwürfe bereits baureif waren, drei Monate vor dem ersten Spatenstich, erklärte am 12.2.1969 der damalige Bundesschatzminister Schmücker auf eine parlamentarische Anfrage des FDP-Abgeordneten Jung, "..... daß die Gesamtplanung für dieses Parlaments- und Regierungsviertel noch nicht fertiggestellt ist - aber auch wohl nicht die Anforderungen aller Ministerien vorliegen".

Grundsätzlich begrüßen wir, daß ein Regierungsviertel entsteht. Die Art und Weise, in der es realisiert werden soll, halten wir jedoch in einer demokratischen Gesellschaft für nicht angemessen.

1. Unzulängliche Konzeption als Regierungssitz. Verpaßte Chancen.

Dürfen wir uns damit zufrieden geben, daß dieses Bauvorhaben nur die Funktion der Verwaltungsarbeit berücksichtigt? Daß nur an die Kommunikation innerhalb des jeweiligen Ministeriums gedacht ist, nicht aber daran, daß zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit in einem demokratischen Land vielfältige Beziehungen bestehen sollten. Wenn sich hier nicht die demokratische Lebensform zeigt, erweist sich, daß wir sie noch nicht haben. Ein Regierungsviertel darf kein Ghetto einer Ministerialbürokratie werden, sondern muß ein Kristallisationspunkt der ganzen Gesellschaft sein. Regierung und Bevölkerung (Gruppen, Organisationen, Parteien und einzelne) müßten die Möglichkeiten erhalten, sich im Regierungsviertel darzustellen: eine Fülle von Ausstellungsgelegenheiten sollte das Leben dieses Landes in seiner Vielfalt widerspiegeln - als gegenseitige Information und als "Schaufenster der Bundesrepublik" für die in- und ausländischen Besucher. Ein Regierungsviertel muß durch eine räumliche Struktur anstelle isolierter Punkthäuser zum lebendigen Treff- und Diskussionsforum werden - in einer Demokratie. Es soll anziehend und anregend wirken. Hier müssen die großen Projekte unseres Landes, der Hochschulen, Städte, Institutionen, auch die Auslandsvorhaben der Entwicklungshilfe, vorgestellt werden, in einer Art Bazarstraße

könnten sie der Öffentlichkeit zugänglich sein. Lassen wir stattdessen weiter zu, daß sich autoritäre Konzepte der Vergangenheit im Herzen Deutschlands durchsetzen und versteinern?

Ist die Planung des Regierungsviertels nur ein Problem der sicheren Unterbringung von Akten und Beamten? Auf dieser Ebene könnte es auch von einer Behälter- und Kartonnagenfabrik bewältigt werden. Ist unser Land so unbedeutend und nichtssagend, so unvernünftig und undemokratisch, wie es sich in dieser Architektur darstellen soll? Legt der Auftraggeber keinen Wert auf die Beantwortung dieser Fragen? Wird durch Enge und Konzeptionslosigkeit eine Chance vertan, die sich in einem Jahrhundert nur einmal bietet: die Selbstdarstellung eines der reichsten, sozialsten und kulturell entwickeltsten Völker?

2. Fehlende Erweiterungsmöglichkeit der einzelnen Gebäude.

Jeder Bau ist auf eine bestimmte Betriebsgröße festgelegt. Die heutigen Ministerien passen exakt hinein. Man weiß jedoch jetzt schon, daß beim Einzug die Erweiterungsreserve von nur 10 % nicht mehr ausreicht, der Bau also zu klein ist. Hat man aus der Fehlplanung des Abgeordnetenhochhauses nichts gelernt, das schon kurz nach dem





Einzug zu klein war: die Abgeordneten können ihre Assistenten nicht unterbringen. Eklatantestes Beispiel für eine voraussehbare Fehlinvestition: Das Gebäude des Forschungsministeriums. Das Aufgabengebiet dieses Ressorts wird an Umfang enorm anwachsen. Oder: Was geschieht bei Rationalisierung und Zusammenlegung von Ministerien (vgl. die Ergebnisse der Projektgruppe zur Reform der Bundesregierung und Bundesverwaltung und die Regierungserklärung)? Angesichts der sich schnell verändernden Aufgaben muß an die Stelle einer starren, statischen Konzeption eine flexible treten. - Eine Erweiterung durch Ausbau der Freigeschosse macht die Verkehrsplanung sinnlos: sie ist auf die Geschoßflächenzahl 1,4 abgestellt und nicht auf eine über 2 liegende.

3. Unzulängliche Infrastruktur der Ministerien.

Nachdem man zunächst nach dem Kästchenprinzip gemauerte Einzelräume versah, entschloß man sich schließlich, die Wände versetzbar zu machen. Für flexible Großraumstrukturen sind die Bauten wegen ihrer geringen Tiefe jedoch ungeeignet. Die räumliche Struktur muß auf Nutzungsveränderungen vorbereitet sein. Die Zusammenarbeit in großen Räumen und die Möglichkeit leichter Anpassung an sich ändernde Aufgaben wird hier einem hierarchischen Gehaltsgruppendenken geopfert: jeder erhält eine isolierte Zimmerzelle mit Fensterachsen nach einem überlebten Standesdenken.

kratische Gesellschaft zugeschnitten. Es gibt keine Abstimmung mit der Planung des Bundestages und der Gartenschau. Angesichts der Bonner Grundstückslage sind solche Versäumnisse nicht mehr gutzumachen. So bleibt in der Bundeshauptstadt weiterhin alles ohne Konzeption und Stückwerk - Anarchie auf höchster Ebene.

6. Das Regierungsviertel ist kein sinnvoller Bestandteil der gesamtplanerischen Entwicklung der Großraumstadt Bonn.

Durch den Zusammenschluß von Bonn und Bad Godesberg ist das Regierungsviertel zu einem Strukturschwerpunkt der beiden Schwesterstädte geworden. In dem Bauvorhaben bleibt dies völlig unberücksichtigt. Der Bund hat Bonn bisher mit kaum glaublicher Rücksichtslosigkeit behandelt (und damit auch seine eigenen Bundesbeamten). Mit seiner unzulänglichen Planung im Regierungsviertel werden Bonn und Bad Godesberg um eine der wichtigsten Früchte der Raumordnung betrogen. Es wird ihnen auf ein Jahrhundert, wenn nicht für immer, die Chance genommen, sich sinnvoll zueinander zu entwickeln. Ist die Bundesregierung wirklich in der Zwangslage, daß sie sofort und in größtem Umfang derart gewichtige Bereiche bebauen muß, ohne sich über die Konsequenzen im Klaren zu sein? Darf sie vollendete Tatsachen schaffen, bevor eine Gesamtkonzeption da ist? Bevor ein wohlüberlegter Flächennutzungsplan für die Gesamt-

4. Fehlen von Öffentlichkeit.

Darf ein demokratisches Land dulden, daß am Zentralpunkt seines politischen Lebens sich die Verwaltung - wie in feudalen Burgen - in absoluter Anonymität und Distanz in geschlossenen Häusern abkapselt, daß sie nicht einmal den Versuch macht, sich dem Bürger verbindlich zu erweisen? Die bauliche Gestalt ist immer auch Darstellung der inneren Konzeption des Bauherrn. Im Volkswagenwerk und in der Berliner Philharmonie (von Hans Scharoun) sind geplante Besucherwege angelegt, die Tausenden von Menschen Einblick ermöglichen. Die Bürger eines demokratischen Landes dürfen erst recht von einem Regierungsviertel fordern: daß an die Stelle der Unnahbarkeit, Öffentlichkeitsfeindlichkeit und Publizitätsangst der Verwaltung Offenheit und Transparenz treten.

5. Anschließende Bereiche sind nicht integriert.

Man hat bei der Planung der einzelnen Bauten nur den inneren Betriebsablauf berücksichtigt. Kein Gedanke an die Intensität der Verbindungen zwischen den Ministerien und der Vielzahl der öffentlichen und privaten Bonner Kontaktstellen. Es genügt nicht, ihnen einige Sitzungsräume bereitzustellen, sondern sie müssen im Regierungsviertel auch Büros erhalten. Kurz: die Planung ist auch hier unvernünftig, eng, introvertiert und nicht auf eine demo-

stadt aufgestellt ist? (!!!) Bevor man weiß, welche Funktionen die Stadtteile übernehmen sollen?

Durch die umfangreichen Anlagen für die Bundesgartenschau in Bonn 1979 unternimmt die Bonner Gesamtplanung einen wichtigen Schritt zur städtebaulichen Verbindung von Bonn und Bad Godesberg. Man weiß noch nicht wie die Bundesgartenschau aussieht. Muß man sich bei ihrer Gestaltung damit abfinden, daß dieser wichtige Teil der Umgebung bereits unzulänglich verplant und verbaut ist?

Das heißt: hier wird ein Regierungsviertel ohne städtebauliche Gesamtkonzeption, ohne Einordnung in das Gesamtgefüge eines städtischen Ballungsraumes, erstellt - ein Dilettantismus, welcher der Selbstdarstellung der zweitgrößten Industrienation der Erde unwürdig ist.

6. Landschaftliche Situation.

In der Verengung des Rheintales, vor dem Siebengebirge und der Godesburg gelegen, hat das Regierungsviertel eine großartige landschaftliche Lage. Es müßte sich räumlich einpassen. Die Bundesbaudirektion respektiert diese beneidenswerte Situation nicht: nach ihrem Willen und einem Baukonzept der 5oer Jahre für das nächste Jahrhundert sollen dort neun siloähnliche Punkthochhäuser entstehen -



alle mit gleichem Aussehen: in monotoner Langeweile: das "Märkische Viertel" der Bundeshauptstadt. "Ein Hochhaus in Form eines Kreuzes, das siebenmal reproduziert und siebenmal nebeneinander auf eine Wiese gestellt wird. Siebenmal vier Büroflügel, zwei links, zwei rechts, die nach Norden, Süden, Westen und Osten weisen. Sieben Steinkreuze, die allenfalls nur in der Höhe zu unterscheiden sind" (Hartmut Palmer in der Bonner Rundschau vom 8.Mai 1969 unter der Überschrift "Potenzierter Stumpfsinn").

Ist das ein kultiviertes Land? Wo nach zwanzig Jahren notgedrungenen Provisoriums bewußt die Einfallslosigkeit zum Prinzip erhoben wird.

Der Lächerlichkeit ausgeliefert?

Deutschland war in den ersten 3o Jahren dieses Jahrhunderts - zum ersten und einzigen Mal in seiner Geschichte - die führende Architekturnation. (Für die Bonner Bürger ist übrigens interessant zu wissen, daß der Vater des Bonner Oberstadtdirektors Dr. Hesse, der Bürgermeister von Dessau, Fritz Hesse, unter größten Schwierigkeiten die bedeutendste Architekturschule dieses Jahrhunderts (Direktoren: Gropius und Mies van der Rohe) in Dessau aufbauen half - eine großartige Leistung). Die schmähliche Barbarei der Hitlerdiktatur zerstörte dies alles. Die Nachkriegszeit zeigt - trotz großen

Bauumfangs - keine besonders günstige Bilanz. Soll nach einigen Erfolgen in jüngster Zeit (wie u.a. die Zelthalle auf der Weltausstellung in Toronto) die Bundesrepublik nun durch ein beschämenswert blamables Regierungsviertel in den Ruf der Lächerlichkeit geraten? Kann man ein "modernes Deutschland" mit dieser Visitenkarte, die das Regierungsviertel darstellt, schaffen?

Sollen wir vor der introvertierten Besserwisserei und Überheblichkeit einer mit dieser Aufgabe offensichtlich überforderten Bundesbaudirektion kapitulieren? Dürfen wir hinnehmen, daß der frühere Bundesschatzminister Schmücker das Parlament nachweislich belog, als er die Anfrage des FDP-Abgeordneten Jung gezielt falsch beantwortete (siehe oben)? Sollen wir uns von der Bundesbaudirektion Sand in die Augen streuen lassen, die sagt, sie wolle einen Wettbewerb ausschreiben, tatsächlich jedoch nur die beiden letzten von neun Hochhäusern darin aufnimmt und über die städtebaulichen Fragen ohnehin weiter nichts zu sagen weiß.

Die beiden ersten Bauten wurden bereits in aller Heimlichkeit begonnen. Die Weiterführung des Projektes ist durch die erneute Offenlegung des Bebauungsplanes, veranlaßt durch die Raumordnung, für kurze Zeit unterbrochen. Der Rat der Gesamtstadt Bonn muß über den Bebauungsplan beschließen. Er

sollte ihn ablehnen und eine neue Planung fordern, die zumindest die Möglichkeiten bietet, die vielfältigen Anforderungen eines Regierungsviertels zu erfüllen. Das ist die Chance, unser Land vor einer Blamage sondergleichen vor der ganzen Welt - und unsere Stadt vor einer neuerlichen Rücksichtslosigkeit des Bundes zu bewahren.

Die Entscheidung über ein Regierungsviertel darf in einem demokratischen Land nicht hinter verschlossenen Türen fallen. Der Rat der Gesamtstadt Bonn muß sie - nach Hearings und eingehender öffentlicher Diskussion - fällen.

Bonner Bürger fordern daher:

--- ein Wettbewerb soll eine Fülle von Ideen vor Augen führen (wie vorher schon Fachleute forderten: die Gutachter der Bundesgartenschau und der Bund Deutscher Architekten).

--- Vor Ausschreibung des Wettbewerbs müssen die Zielvorstellungen des Regierungsviertels öffentlich und eingehend diskutiert werden. Die Architekten sind - wie im vorliegenden Fall - überfordert, wenn die Gesellschaft nicht vorher ihre Zielvorstellungen angibt. Im Redaktionsgremium wie im Preisrichtergremium müssen Bürger, Rat und Verwaltung der Stadt Bonn vertreten sein.

Wir schaffen das moderne Deutschland - SPD.

Sie können Deutschland verändern - FDP.

Waren das leere Wahlkampfphrasen? Mit strategischer Sicherheit in großem Stil betriebene Volksverdummung? Pseudodemokratische Alibis?

Oder nehmen die Regierungsparteien ihre Chance wahr?:

Die Gestaltung einer demokratisch strukturierten Mitte in unserem Land ist sicher eines der großen Probleme unserer immer noch jungen Demokratie.



Schafft die SPD das moderne Deutschland? Verändert die FDP Deutschland?

Sie werden an ihrer Leistung gemessen werden.

Ein hohes Maß an Publizität und Diskussion,
verbunden mit Stellungnahmen,
die an den Rat der Stadt Bonn,
das Parlament
und die Bundesregierung adressiert sind,
kann die letzte, aber gute Chance nutzen:
eine internationale Blamage zu verhindern und
stattdessen einen Meilenstein im demokratischen
Leben unseres Landes zu setzen.

Führende Politiker der Stadt Bonn, des Parlamentes und der Regierung sowie Fachleute, unter anderem des Bundes Deutscher Architekten, haben schon in zahlreichen Äußerungen zu verstehen gegeben, daß sie die Planung des Regierungsviertels für unzulänglich halten. Bonner Bürger hoffen, daß Planungsverfahren wie Endresultat doch noch demokratische Formen annehmen.

Bauwelt

BAUWELT 60, 1969, Nr. 17, S. 561

Briefe

Aus dem Bundestag: Wettbewerbe bei Bundesbauten
(Hefte 11 und 14/1969)

Herr Schmücker hat sich sehr vorsichtig ausgedrückt. Aber dennoch haben wir es jetzt schwarz auf weiß: Die Bundesregierung baut ein neues Parlaments- und Regierungsviertel in Bonn am Rheine für sicher weit mehr als 100 Millionen DM — ohne Gesamtplanung und ohne städtebaulichen Wettbewerb.

Für die Haupterschließungsstraße ist der Mutterboden bereits abgeschoben.

Die Grundsteinlegung für drei Ministerien, Verkehr, Justiz und Forschung, soll am 1. Juli 1969 erfolgen.

Die Planung der genannten Ministerien liegt ausschreibungsreif in den Schubladen.

Es schläft der Deutsche Bundestag.

Es schläft der Bund Deutscher Architekten.

Es schlafen die übrigen Berufsverbände.

Preisfrage: Warum schläft sich's am Rhein so schön?! — Lieb Vaterland, magst ruhig sein, stolz steht und plant die Wacht des BDA am Rhein: Eler-, Schür- und Bornemann.

Dipl.-Ing. Klaus Baehr, Bonn

60, 1969, Nr. 17, S. 596

Mit den Ressorts abgestimmt

„Die Bau- und Raumprogramme für neu unterzubringende Ministerien", so antwortete Bundesminister *Schmücker* auf eine Umfrage des Bundestagsabgeordneten *Jung*, „sind mit den entsprechenden Ressorts und dem Bundesminister der Finanzen laufend abgestimmt worden."
Von der Mitwirkung stadt- und landesplanerisch tätiger Stellen kein Wort.

*

Weiter: „Auch das Bau- und Raumprogramm für das Abgeordnetenhochhaus . . . ist in gleicher Weise, d. h. in engster Zusammenarbeit mit Präsidium und Vorstand des Deutschen Bundestages, zustande gekommen. Wenn Sie heute Kritik an dem neuen Gebäude üben, so geben Sie damit gleichzeitig zu erkennen, daß heute eben andere Auffassungen über die Arbeitsweise des Parlaments herrschen gegenüber den Vorstellungen, die offenbar zu Beginn und während aller Phasen der Planung bestanden haben . . ."

*

So einfach ist das also. Planung als Offenlassen von Möglichkeiten ist offenbar in Bonn noch nicht begriffen worden. Zunächst wird betoniert — und trotz der Verwendung dauerhafter Baustoffe kann man am Rhein nicht deutlicher demonstrieren, daß man über die fatale Zunächst-ein-Dach-über-dem-Kopf-Mentalität der provisorischen Zustände in den ersten Nachkriegsjahren noch nicht hinausgewachsen ist.
Bonn bleibt ein Provisorium.
Aber: Um die Jahreswende 1973/74 wird die deutsche Sonde „Helios" (mit Hilfe einer amerikanischen Rakete) zur Sonne geschossen. Und über kunststoffbeschichtete Bratpfannen profitieren heute schon die deutschen Hausfrauen von der Raketentechnik.
Vielleicht hat die Raumordnung in Deutschland doch noch Chancen? gk

General-Anzeiger Bonn 3. 10. 1969

Aber den Siedlungsräumen fehle auch die sinnvolle Zuordnung zu den Arbeitsplätzen. Schwere Bedenken habe er z. B. gegen die Planung des Regierungsviertel zwischen Bonn und Godesberg, das Meyers als eine „Geisterstadt" bezeichnete, die abends und am Wochenende tot sein werde. Nun habe man die Chance einer einheitlichen Verwaltung mit leistungsfähigem Personalkörper. Man könne die Fehler der Vergangenheit begradigen. „Über Sachfragen kann man sich einigen", sagte Meyers, „es kommt darauf an, wie man mit den Menschen umgeht!"

General-Anzeiger Bonn 3./4. 5. 1969

Kritisiert wird von einigen Stellen, daß es für diesen Komplex noch keine Gesamtplanung gebe, sondern nur die jeweils zu errichtenden Ministerienbauten in das Landschaftsbild eingeplant seien.

Bauwelt

60, 1969, Nr. 11, S. 412

Aus dem Bundestag: Wettbewerbe bei Bundesbauten

Bundesschatzminister Dr. h. c. Kurt Schmücker hat in der Fragestunde der 215. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Februar 1969 drei Fragen des Abgeordneten Jung über die Durchführung von Architektenwettbewerben beantwortet. Die Fragen hatten folgenden Wortlaut:

„Wieviel engere und wieviel offene Architektenwettbewerbe hat die Bundesbaudirektion für Baumaßnahmen der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren ausgelobt?
Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß Architektenwettbewerbe das geeignete Mittel sind, die beste bauliche und wirtschaftliche Lösung und den besten Architekten zu finden?
Warum wurde bei Vergabe des Planungsauftrages für die neuen Bundesministerien zwischen Bonn und Bad Godesberg — für einen Auftrag von mehr als 100 Millionen DM — die Möglichkeit des Architektenwettbewerbs außer acht gelassen?"
(Die Fragen des Abgeordneten Jung hatte im Parlament der Abgeordnete Opitz übernommen.)

Bundesschatzminister Schmükker: *Die Bundesbaudirektion hat für die Baumaßnahmen der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren fünf beschränkte und einen öffentlichen Architektenwettbewerb ausgelobt. Für das Jahr 1969 sind zwei weitere beschränkte Wettbewerbe vorgesehen.*

Zusatzfrage des Abgeordneten Opitz: *Herr Minister, warum hat die Bundesregierung zur Zeit der Vergabe der Planungs- und Bauaufträge für das neue Parlamentsviertel, dessen erster Teil in Form des Abgeordnetenhauses nun fertiggestellt wird, nicht auch einen offenen Ideenwettbewerb unter den deutschen Architekten ausgeschrieben?*
Bundesschatzminister Schmükker: *Herr Kollege Opitz, das hängt mit Ihrer dritten Frage zusammen, die Sie übernommen haben. Ich darf sie deshalb im Zusammenhang beantworten.*
Ich habe bei Übernahme meines Amtes in Übereinstimmung mit meinen Mitarbeitern angeordnet, daß die Beteiligung der Architekten im Wettbewerb den Vorrang hat. Ich bin aber nicht der Meinung, daß dies die einzige Methode ist. Es können die Umstände so liegen, daß aus einem zahlenmäßig beschränkten Kreis die Architekten als Mitarbeiter auszusuchen sind. Hier im konkreten Fall ist es so, Herr Kollege, daß die Gesamtplanung für dieses Parlaments- und Regierungsviertel — das darf ich ergänzend sagen — noch nicht fertiggestellt ist. Wir müssen mit den kommunalen Behörden, mit den Landesbehörden verhandeln. Es steht auch noch nicht fest, ob über den akuten Bedarf hinaus heute weitere Ministerien in die Planungen aufgenommen werden sollen. Ich muß auch daran erinnern, daß dieses Hohe Haus vor einigen Jahren einen Beschluß gefaßt hat, der es uns geraten sein ließ, sehr behutsam mit derartigen Planungen umzugehen. Ich stelle inzwischen einen Meinungswandel fest und möchte sagen, daß, sobald diese von kommunaler und Landesebene einzuholenden Erkundigungen, Mitteilungen und Vorbereitungen vorhanden sind, natürlich auch dieser Komplex in die Übertragungen einbezogen werden sollte.
Weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Opitz: *Herr Minister, stimmen Sie demnach mit mir überein, daß die Aufgabe, für ein frei gewähltes Parlament zu bauen, für mehr als nur wenige Architekten eine interessante Aufgabe sein könnte?*
Bundesschatzminister Schmükker: *Selbstverständlich. Ich bin der Meinung — ich habe das schon vorhin gesagt —, daß der freie Architektenwettbewerb den Vorrang haben soll. Aber es gibt Umstände, die es geraten sein lassen, einen engeren Kreis heranzuziehen. Aber hier liegt die Schwierigkeit im wesentlichen darin, daß die verkehrsmäßigen Dinge — Sie wissen, was an infrastrukturellen Notwendigkeiten vorhanden ist —, kommunal- und landesmäßig noch nicht bereinigt sind, aber auch noch nicht die Anforderungen aller Ministerien vorliegen. Wir sollten hier zunächst einmal eine Grundsatzplanung — die übrigens unter Hinzuziehung von freien Architekten durchgeführt wird — beginnen und dann natürlich unter Einschaltung des Hohen Hauses — ganz selbstverständlich will der Abgeordnete daran beteiligt werden; er will sehen, was aus dem Parlaments- und Regierungsviertel wird — auch die freien Architekten hinzunehmen.*
(Mitteilung des Bundesschatzministeriums, Geschäftszeichen: L 3 — O 1030.4; vom 13. 2. 1969.)

60, 1969, Nr 14, S. 458

Gebaut wurde, weil es noch keinen Plan gibt (in Bonn am Rheine)

Recht optimistisch hatten wir geglaubt, daß Architekten und ihre Verbände (als berufene Interessenvertreter — von den Kammern ganz zu schweigen) aufheulen würden bei der Auskunft, die Herr Bundesschatzminister Schmücker im Bundestag auf die Frage gegeben hat, warum für das neue Parlamentsviertel in Bonn am Rheine kein Wettbewerb ausgeschrieben worden sei.
Das Abgeordnetenhaus ist inzwischen gebaut, sein Spitzname „Langer Eugen" dient nur noch der Reminiszenz an eine höchst ärgerliche Episode in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus.
„Hier im konkreten Fall", *sagte Schmücker,* „ist es so, Herr Kollege, daß die Gesamtplanung für dieses Parlaments- und Regierungsviertel . . . noch nicht fertiggestellt ist . . ."
Wir haben diese Worte, verpackt in die Form einer belanglos wirkenden Mitteilung des Bundesschatzministeriums, ohne Kommentar auf der Letzten Seite unseres Heftes 11 wiedergegeben.
Das Hohe Haus als Ganzes nahm diese Antwort ebenso hin wie der Abgeordnete Opitz, der die Frage des Abgeordneten Jung in der Fragestunde der 215. Sitzung des Deutschen Bundestages (12. Februar 1969) übernommen hatte.
Architekten, Verbände und Kammern nahmen sie genauso hin.

*

Fazit: Erst einmal fix bauen. Planen kann man hinterher immer noch; der Plan interessiert ohnehin niemand mehr.
Oder sollte es doch noch jemand merken? gk

"Der allzu bekannte Vorgang des Pseudoentwurfes, Räume einfach nach ihrem Gebrauchswert zusammenzureihen und sie dann stilgerecht aufzuputzen, verkennt das Wesen wirklicher Raumschöpfung, die erst den Namen Architektur verdient. Denn wahre Architektur ist wirkliche Schöpfung von neuem Lebensraum für den Menschen, ihr Ziel ist es, "Leben im Raum" zu schaffen, voller menschlicher Beziehungen zum Raum, aber nicht einen Rückzug aus dem Allraum in ein von ihm abgetrenntes Gehäuse" (Walter Gropius).

"Wir verkennen die Tatsache, daß die Gestaltung sehr wohl in der Lage ist, ethische Kräfte auszulösen" (Walter Gropius).

"In unserer Zeit müssen diejenigen Aufgaben, die unmittelbar der Gemeinschaft dienen, an erster Stelle stehen. ... Diese Forderung ist nicht willkürlich, sondern ergibt sich aus unseren soziologischen Einsichten. Heutzutage fehlt es dem gesellschaftlichen Leben an Zusammenhang und Bedeutung. Gerade deshalb sollten wir uns wieder bewußt machen, daß die Architektur nicht nur einen Rahmen für landläufige Tätigkeiten bildet, sondern daß dieser Rahmen seinerseits neue Aktivitäten provozieren kann. Wir sollten nicht vergessen, daß die Architektur auf die Gesellschaft reagiert und ihrerseits zu einer Bereicherung des Zusammenlebens beitragen kann" (Christian Norberg - Schulz).

"Die Vernachlässigung der nichtverbalen Aspekte hat uns so abgestumpft, daß wir jegliches Bauwerk akzeptieren, solange es leidlich funktioniert, auch wenn eine vorsichtigere Analyse zeigen sollte, daß es nur den banalsten Bedürfnissen genügt" (Christian Norberg - Schulz).

"Um ihre Untertanen durch Furcht zu regieren, demonstrierten die römischen Kaiser, ... ihre Macht durch Straßenachsen von menschliches Maß übersteigender Größe. Hitler und Mussolini empfingen in Kolossalräumen und saßen an der dem Eingang entgegengesetzten Seite. Der eintretende Besucher sollte im Nähertreten eingeschüchtert werden.

Im demokratischen Staat aber liegt der Nachdruck auf der Freiheit des Individuums; hier darf sich der Architekt nicht zum Maßstab diktatorischen Größenwahns verleiten lassen. Er sollte heute nicht mit einschüchternden Mitteln nach monumentalem Ausdruck suchen. Ein Raumgefüge jedoch, das durch die Kunst schöpferischen Entwurfs mit dem natürlichen Begriffsvermögen des Besuchers in Raum und Maß in wirklichem Bezug steht, wird ihn unwillkürlich einladen und anziehen " (Walter Gropius).

"Alle getroffenen Entscheidungen sollten zuerst darauf geprüft werden, welche Wirkung sie auf den Besucher haben mögen " (Walter Gropius).

Ein Werk ist "immer auch eine Aussage über eine Gesellschaft. Wenn die Gesellschaft keine klaren Ziele und Maßstäbe besitzt, spiegelt das Werk diesen Mangel wieder" (Walter Gropius).

""Unwiderstehliche Wirkung" ist aber nicht das Resultat von "gutem Geschmack" und neuestem, praktischem Komfort, sie entspringt vielmehr einer geistigen Überzeugung " (Walter Gropius).

bonner Rundschau

leserbriefe + leserbriefe + leserbriefe

Uniforme Gehäuse

Kritik an der Planung des Regierungsviertels

Richtet man heute seine Blicke auf die „sogenannte" provisorische Bundeshauptstadt Bonn, so traut man seinen Augen kaum: Hier entsteht ein neues Parlaments- und Regierungsviertel, also die demokratische Bauaufgabe schlechthin unter weitgehender Ausschaltung sowohl der fachlichen als auch der politischen Öffentlichkeit.

Unter der selbstherrlichen Bauherrschaft Herrn Gerstenmaiers entstand ein Abgeordnetenhaus, das nach seiner Fertigstellung schon zu klein ist, um die Assistenten der Abgeordneten unterzubringen. Das Tageslicht und der herrliche Ausblick auf die rheinische Landschaft bleibt uns Abgeordneten vorbehalten, während die Etagen-Pförtner einen neunstündigen Arbeitstag in den künstlich belichteten und belüfteten Foyers überstehen müssen.

Weder an Ablageräume für die Drucksachenberge, welche die Abgeordneten im Laufe einer Legislaturperiode fast erdrücken, noch an Sporträume, Sauna oder Schwimmbad, die zur Erhaltung der körperlichen Fitneß in der hektischen parlamentarischen Arbeit unbedingt notwendig wären, wurde gedacht.

Ein Kilometer vom Abgeordnetenhochhaus entfernt wird jetzt der erste Spatenstich für das Regierungsviertel getan, obwohl Herr Bundesminister Schmücker am 12. Februar auf meine Fragen im Bundestag erklärte, „daß die Gesamtplanung für dieses Parlaments- und Regierungsviertel noch nicht fertiggestellt ist — aber auch wohl nicht die Anforderungen aller Ministerien vorliegen." Wie es aussehen wird erfährt die erstaunte Öffentlichkeit am 7. Mai 1969: „Ein Hochhaus in Form eines Kreuzes, das siebenmal reproduziert und siebenmal nebeneinander auf eine Wiese gestellt wird. Siebenmal vier Büroflügel, zwei links, zwei rechts, die nach Norden, Süden, Westen und Osten weisen. Sieben Steinkreuze, die allenfalls und nur in der Höhe zu unterscheiden sind. Und in dieser monotonen Welt sollen 8000 Bedienstete des Bundes fröhlich und aufgeschlossen ihrer Arbeit nachgeben? In diesen uniformen Gehäusen sollen zukunftweisende Perspektiven der Bundespolitik erarbeitet, sollen Ideen, Gesetzentwürfe, Reformpläne geboren werden?"

Hartmut Palmer kommentiert diese Fakten in der Bonner Rundschau vom 8. Mai 1969 sehr richtig, wenn er fortfährt: „Eine Planung, die sich ausschließlich darauf konzentriert, Gebäude zu errichten, die allenfalls das Auto, nicht aber den Autofahrer, die allenfalls die Nutzung, nicht aber den Benutzer ins Kalkül zieht, die sich nicht um die soziologischen, psychologischen und nur um die bautechnischen und bodenrechtlichen Gegebenheiten kümmert — eine solche Planung ist unmenschlich und wird unmenschliche Folgen haben."

Da ist keine Rede von einer städtebaulichen Einordnung, keine Rede von einem städtebaulichen Wettbewerb oder einem Hochbauwettbewerb, um Kriterien für eine Gesamtkonzeption zu erhalten und den Besten mit der Planung zu beauftragen. Was gut ist bestimmt die Bundesbaudirektion! Wozu also noch Wettbewerbe und gesamtplanerische Überlegungen?

Ist das also unsere demokratische Wirklichkeit 1969? Wer ist der Bauherr, wer sind die Demokraten, die das verantworten können? Das Parlament wird hierauf eine Antwort geben und Konsequenzen daraus ziehen müssen, wenn es seiner Aufgabe als Kontrollorgan dieser Demokratie gerecht werden will.

Dipl.-Ing. Kurt Jung, MdB.
Bonn, Bundeshaus

Hinweis!

Leserbriefe haben oft einen Umfang, der einen vollen Abdruck nich gestattet. Die Redaktion ist jedoch bemüht, bei Kürzungen, den wesentlichen Inhalt der Briefe nicht anzutasten. Die Redaktion

bonner Rundschau 8.5.69

BONNER RUNDSCHAU 8.5.1969

Meiner Meinung nach

Potenzierter Stumpfsinn



Hartmut Palmer

So also stellen die Städtebauer sich das neue Regierungsviertel zwischen Bonn und Bad Godesberg vor: ein Hochhaus in der Form eines Kreuzes, das siebenmal reproduziert und siebenmal nebeneinander auf eine Wiese gestellt wird.

Siebenmal vier Büroflügel, zwei links, zwei rechts, die nach Norden, Süden, Westen und Osten weisen. Sieben Steinkreuze, die allenfalls und nur in der Höhe zu unterscheiden sind.

Und in dieser monotonen Welt sollen 8000 Bedienstete des Bundes fröhlich und aufgeschlossen ihrer Arbeit nachgehen? In diesen uniformen Gehäusen sollen zukunftsweisende Perspektiven der Bundespolitik erarbeitet, sollen Ideen, Gesetzentwürfe, Reformpläne geboren werden?

Ich fürchte, der potenzierte Stumpfsinn der Architektur wird nicht ohne Folgen auf das Lebensgefühl und die Arbeitsform derer bleiben, die diese Häuser benutzen sollen, benutzen müssen.

Eine Planung, die sich ausschließlich darauf konzentriert, Gebäude zu errichten, die allenfalls das Auto, nicht aber den Autofahrer, die allenfalls die Nutzung, nicht aber den Benutzer ins Kalkül zieht, die sich nicht um die soziologischen, psychologischen und nur um die bautechnischen und bodenrechtlichen Gegebenheiten kümmert – eine solche Planung ist unmenschlich und wird unmenschliche Folgen haben.

Noch ist der erste Spatenstich nicht getan. Aber schon haben Bad Godesberg und Bonn durch ihre Fachausschüsse wissen lassen, daß sie mit der steinernen Monotonie einverstanden sind. Armes Bonn, arme Bundeshauptstadt, arme Beamte!

Bonner Rundschau 18. 9. 1969

Grünes Licht für vier neue Ministerien?

Heute entscheidet der Beirat

VON HARTMUT PALMER

Bonn. Um mindestens drei Monate hat die Bonner Raumordnung das Bundesprojekt „Regierungsviertel" zurückgeworfen. Denn nach der kommunalen Flurbereinigung muß das langwierige Bebauungsplanverfahren erneut aufgerollt werden, das in der bislang selbständigen Stadt Bad Godesberg schon fast abgeschlossen war. Auftakt des neuen Verfahrens ist die heutige Beiratssitzung des Bonn-Beauftragten, Dr. Franz Meyers, in der über die Neuaufstellung des Planes diskutiert wird.

Die Bundesbaudirektion, unter deren Regie die neuen Ministerien auf der alten Stadtgrenze zwischen Bonn und Bad Godesberg gebaut werden, sieht nicht ohne Nervosität der Entscheidung des früheren Ministerpräsidenten entgegen. Lehnt Meyers nämlich ab, könnte das ganze Projekt, das unter Fachleuten umstritten ist, in dieser Legislaturperiode des Bundestages nicht mehr begonnen werden. Das aber wollen die behördlichen Planer auf jeden Fall vermeiden. Neue Minister, so fürchten sie, könnten nach der Wahl die alten Pläne möglicherweise verwerfen.

Im Mai dieses Jahres hatte der Bebauungsplan für das Regierungsviertel schon im Godesberger Rathaus offengelegen, nachdem das Parlament der Badestadt ihm bereits zugestimmt hatte. Nach dem Bundesbaugesetz mußte auch die alte Stadt Bonn als unmittelbarer Nachbar des Baugeländes gehört werden. Der Bauausschuß stimmte am 7. Mai den Plänen zu.

Einen Tag später stellte die Stadt Bonn die Modelle für das Regierungsviertel der Öffentlichkeit vor. Zum ersten Male wurde sichtbar, was in den Schubladen der Bundesbaudirektion schon seit Jahren geplant worden war.

Aus politischer Rücksicht auf das „Provisorium Bonn" hatten es die Planer nämlich bislang vermieden, ihre Bauvorhaben für das Regierungsviertel allzu publik werden zu lassen. Denn mit dem neuen Regierungsviertel, so fürchteten sie, könnte in den Augen der Öffentlichkeit der Status quo zementiert und damit der Anspruch auf die Reichshauptstadt Berlin als Sitz einer Regierung im wiedervereinigten Deutschland unglaubwürdig werden. Deshalb war auch kein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben worden.

Darüber erbost, stellte der FDP-Bundestagsabgeordnete Kurt Jung — selbst Architekt — den Bundesschatzminister in einer Fragestunde des Bundestages zur Rede. Ein Wettbewerb sei zugesichert, aber nicht durchgeführt worden. Im übrigen sei das städtebauliche Konzept des Regierungsviertels zu monoton.

Anlaß der Anfrage war ein Rundschau-Kommentar, in dem unter der Überschrift „Potenzierter Stumpfsinn" ebenfalls die städtebauliche und architektonische Eintönigkeit des geplanten Projektes kritisiert worden war.

Schatzminister Schmücker verteidigte energisch die „planerischen Leitlinien" seines Hauses und sicherte zu, daß für die weiteren Bauabschnitte des Regierungsviertels — gebaut werden jetzt vier Ministerien, entstehen sollen mindestens sieben — und daß auch für die Bebauung der Rheinaue Architektenwettbewerbe ausgelobt werden sollen.

Auf die Kritik an dem städtebaulichen Konzept selbst ging der Minister freilich nicht ein. Schmücker: „Wenn nunmehr . . . politisch ein Meinungswandel (in der Frage des Provisoriums Bonn — die Red.) eingetreten ist, kann das nicht bedeuten, daß der damals eingeschlagene Weg falsch war und daß die vorliegenden Planungen einfach aufgegeben und neu erarbeitet werden müssen."

Von Dr. Franz Meyers hängt es jetzt ab, ob der „eingeschlagene Weg" wirklich eingeschlagen werden darf. Denn ohne einen genehmigten Bebauungsplan kann der Neubau des Regierungsviertels nicht beginnen.

Kein Wettbewerb

Bund baut für 100 Millionen

wif — Kritisch beurteilt der FDP-Bundestagsabgeordnete Kurt Jung, daß die Bundesbaudirektion bei der Vergabe der Planungsaufträge für die neuen Ministeriumsbauten zwischen Bonn und Bad Godesberg auf die Möglichkeit eines Architekten-Wettbewerbs verzichtet hat.

Das Bauvolumen beträgt rund 100 Millionen Mark. Nach Ansicht von Jung ist ein Wettbewerb das geeignete Mittel, die beste bauliche und wirtschaftliche Lösung zu finden. Der Politiker wird in der Fragestunde der nächsten Woche die Bundesregierung zu drei Fragen um eine Stellungnahme bitten.

General-Anzeiger Bonn 6. 2. 1969

Bundestags-Anfrage nach ®-Kommentar

3. 7. 1969

„Warum kein Architektenwettbewerb?"

® Bonn. Das geplante Regierungsviertel zwischen Bad Godesberg und Bonn wird heute den Bundestag in seiner Fragestunde beschäftigen. Anlaß der Anfrage, die der FDP-Bundestagsabgeordnete Kurt Jung stellte, ist der ®-Kommentar („Meiner Meinung nach") vom 8. Mai, in dem ®-Redakteur Hartmut Palmer unter der Überschrift „Potenzierter Stumpfsinn" die „architektonische und städtebauliche Eintönigkeit" des geplanten Projektes kritisiert hatte.

Kurt Jung, der selbst Architekt ist, will vom Bundesschatzministerium wissen, warum nicht — wie früher durch das Ministerium zugesagt — ein Architekten-Wettbewerb für das Regierungsviertel ausgeschrieben wurde.

Seine Anfrage hat folgenden Wortlaut: „Wie erklärt die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen der Auskunft des Bundesschatzministers auf meine Frage vom 12. Februar 1969, wonach der freie Architektenwettbewerb . . . uch für das neue Regierungsvierte den Vorrang haben soll, und dem kritischen Bericht in der Rund hau vom 8. Mai 1969 unter dem Titel Meiner Meinung nach — Potenzierter Stumpfsinn, wonach das Regierungsviertel offenbar doch ohne Wettbewerb in Form von sieben Kreuzen ‚auf eine Wiese gestellt' wird?"

BONNER RUNDSCHAU 19. 9. 1969

Kritik am Regierungsviertel

Dr. Hans Daniels (CDU) hob hervor, daß die bisherige Baukonzeption des Bundes „in der Öffentlichkeit und unter Fachleuten" sehr umstritten sei. Man solle es nicht dem Bonn-Beauftragten Dr. FranzMeyers, sondern dem neuen Bonner Stadtrat überlassen, sich ein endgültiges Urteil über das Projekt zu bilden. Er hielt es für falsch, die Diskussion erst nach der Offenlegung des Bebauungsplanes zu beginnen.

FDP-Sprecher Erwin Reuß forderte den Bund auf, das „planlose Bauen in seiner Hauptstadt" zu beenden und endlich die Schwerpunkte seiner zukünftigen Planungsabsichten offenzulegen. Er warnte davor, im neuen Regierungsviertel eine „Geisterstadt zu errichten, die in den Abendstunden wie ausgestorben sein werde.'

Die aufgestauten Vorwürfe gegen die für die Gestaltung des neuen Regierungsviertels verantwortliche Bundesbaudirektion wurden jüngst auf einer Sitzung des Beirates vom Bonn-Beauftragten Dr. Franz Meyers zum erstenmal öffentlich diskutiert. Noch am Morgen des Sitzungstages, so wußte Ex-NRW-Landesvater Dr. Meyers zu berichten, habe sich der Vizepräsident des Bundes Deutscher Architekten (BDA) telefonisch an ihn gewandt und ihn „dringend gebeten", das Projekt vorerst abzustoppen. Der BDA, so verkündete Meyers, wünsche die Ausschreibung eines Wettbewerbs für die Gestaltung der zukünftigen Metropole der Bonner Ministerialbürokratie.

Als Schürmann und Bornemann ihren Auftrag vor eineinhalb Jahren übernahmen, fanden sie die auf Grund der Voruntersuchungen ausgearbeiteten Planungen für den ersten Bauabschnitt bereits vor: zwei kreuzförmige Hochhäuser — eins für das Forschungsministerium, eins für das Justizministerium. Sie war von dem Architektenteam Adams/Hornschuh/Thürler vorgelegt worden.

BONNER RUNDSCHAU 7. 10. 1969

"Rückblickend enthüllt sich die Tragik der Weimarer Republik aus dem Zwiespalt zwischen einem demokratisch organisierten Staat und einer antidemokratisch strukturierten Gesellschaft a-politischer Menschen. So kann es kaum mehr verwundern, daß damals ... das neue Bauen im Staatsbereich ausblieb, nicht, weil Demokratie zum Bauen unfähig ist, sondern weil es seinerzeit an der demokratischen Struktur der Gesellschaft und am politischen Bewußtsein der Menschen fehlte" (Adolf Arndt).

"Muß es ... nicht für die Demokratie eine politisch-existentielle Frage werden, wie gebaut und wie gewohnt wird, eine Frage, bei der es um mehr geht als um Hygiene, Sozialkomfort und Lebensstandard?" (Adolf Arndt).

"Die Pilatusfrage nach der Wahrheit endet nicht schon an der Funktion, weil kein Mensch und nichts, was der Wirklichkeit eines leibhaftigen Menschen gemäß ist, in Funktionen aufgeht, sondern immer auf der Suche nach dem Menschlichen" (Adolf Arndt).

"Öffentlichkeit wird nicht dadurch erreicht, daß die notwendigen Restaurationsräume ... jedem Besucher offen stehen. ... Öffentlichkeit erfordert ... Transparenz" (Adolf Arndt).

"Man kann die Staaten und die Gesellschaftsformen geradezu nach dem einteilen, was veröffentlicht und was verheimlicht wird" (Adolf Arndt).

"Es ist eine eminent politische Entscheidung, daß ein demokratisches Gemeinwesen in seinen dem Volksganzen gewidmeten öffentlichen Bauten das Selbstbewußtsein der politischen Gesellschaft Gestalt werden läßt" (Adolf Arndt).

"Eine Demokratie ist nur soviel wert, wie sich ihre Menschen wert sind, daß ihnen ihr öffentliches Bauen wert ist " (Adolf Arndt).



"In den Anbauten und Umbauten des Bonner Bundeshauses durch die Bundesbaudirektion sehe ich das Elendeste(an Architektur), was man sich nach 1945 leistete" (Adolf Arndt). - Soll diese "Tradition" in den Neubauten des Regierungsviertels fortgesetzt werden?

C Bürgerinitiative City - Forum Bonn, 53 Bonn, Haydnstr. 3

Verantwortlich:	Dr. Roland Günter
Verlag und Druck:	Schwarzbold, Bonn-Witterschlick
Schrift:	Anneliese Düsterhus, Bonn-Dransdorf
Fotos:	Norbert Müller, Express Bonn
Bonn 1969	1. Auflage: 3 ooo